

Islamdiskurs und Integration muslimischer Communitys in Österreich

Gero Fischer

Der öffentliche / mediale Zuwanderungsdiskurs hat sich im alltagspolitischen Geschäft (nicht nur) in Österreich im Wesentlichen zu einem mehr oder weniger differenzierten (Anti-)Islamdiskurs verengt, in dem in Bezug auf die muslimischen Zuwanderer Begriffe und Redeweisen wie Andersartigkeit, Selbstausgrenzung, Unmöglichkeit der Integration, Inkompatibilität von Kulturen u.a. in den Vordergrund gespielt werden. Der Islamdiskurs greift auf ältere nationalistische Diskurse zurück und bedient sich rückwärtsgewandter Projektionen in eine idealistisch imaginierte Vergangenheit ohne Realitätsbezug. Bezeichnend für diesen Diskurs ist auch, dass er in den Medien sowie in der Politik weitestgehend wissenschaftsfrei, ohne Einbindung entsprechenden Fachmeinungen verläuft. Aktuell ist angesichts der Corona-Krise der Islamdiskurs insgesamt etwas in den Hintergrund geraten. Aber gerade in diesem Kontext wird klar, wie wichtig Kooperation und Zusammenhalt zwischen den im Lande lebenden gesellschaftlichen Gruppen sind. Solidarität und Empathie bilden ein Gegenkonzept zu Ausgrenzungen und (Selbst-)Abschottungen, dieses ist eine menschliche und gesellschaftliche Notwendigkeit.

Vorbemerkung

Der Islam ist seit 1912 in Österreich eine staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft, sie ist die zweitgrößte Religionsgemeinschaft (zählt man die Orthodoxen als eine Religionsgemeinschaft, dann wäre sie drittgrößte). Mit der Annexion von Bosnien und der Hercegovina (1908) kamen bosnische Soldaten nach Wien, die durch ihre orientalisch anmutenden Uniformen besonders auffielen, scherzhaft wurden sie französisierend „Bosnieurs“ genannt, eine Redeweise, die Neugierde und Distanz zugleich andeutete. Der Islam blieb auch in der Republik Österreich nach 1918 eine staatlich anerkannte Religion.

Mit der Gastarbeiterwelle seit den 60-er Jahren d. 20. Jh. wanderten viele Tausend Menschen aus (europäischen) muslimischen Gegenden (Bosnien, Kosovo, Albanien, Türkei, Bulgarien, Makedonien), was auch im öffentlichen Raum Spuren hinterließ (Gastronomie, Geschäfte, Märkte, Dienstleistungssektor, etc.). Nicht zuletzt fielen viele muslimische Zuwanderer durch ihre auffälligen Bekleidung auf. Die Annahme (vor allem der Wirtschaft und Politik), dass diese Zuwanderung temporär sei und diese „Anderen“ allesamt wieder zurück in ihre Herkunftsländer gehen würden, erwies sich als irrig und auch aus den historischen Erfahrungen nicht ableitbar. Sie blieben, arbeiteten, schickten ihre Kinder in die heimischen Schulen, manche machten in ihrer neuen Heimat beachtliche Karrieren.

Viele Zuwanderer der ersten Generation hatten erhebliche Bildungsdefizite (das betraf vor allem Türken) – es wurden ja bewusst vor allem Arbeitskräfte gesucht, die über wenig Bildung verfügten, die in Österreich und in Deutschland Hilfsdienste in der Industrie, im Bauwesen etc. verrichten sollten. Die meisten von ihnen waren in ländlicher, agrarischer Umgebung oftmals in rückwärtsgewandten patriarchalischen Strukturen aufgewachsen, hatten kaum Erfahrungen mit dem Leben in Großstädten oder mit dem Ausland und konnten sich zumindest anfänglich in der neuen Umgebung schlecht orientieren und eingewöhnen. Sie mussten / müssen ihre Lebenspraxis und Weltsicht mit den der Aufklärung verpflichteten westlichen Werten zur Deckung bringen.

Integrationsarbeit – hemmende Bedingungen

Der dominierende politische Diskurs verengt den Blick auf die Welt durch die Brille der Migration, so als ob alle gesellschaftlichen Probleme ausschließlich in der Immigration ihre Ursache hätten. Die Strategie rechter Parteien ist hingegen klar: Ungelöste Probleme der Integration / Migration nützen sie für ihren Machterhalt.

Die demographische Lage in Österreich (und in Europa generell) erfordert wegen der Überalterung der Bevölkerung Zuwanderung, die aber politisch nicht positiv konnotiert wird. Dieser

Widerspruch zwischen demographischer Notwendigkeit und Ablehnung der Immigration ist nicht aufzulösen, die Politik hat auf diese widersprüchliche Situation keine nachhaltigen und zukunftsfähigen Antworten. Sie hat sich lange der Einsicht verweigert, dass Österreich ein Einwanderungsland ist. Dieses ahistorische Dogma ist angesichts der Fakten nicht haltbar. In Wien hat heute fast 50% der Bevölkerung migrantische Wurzeln (Mitte des XIX Jh. 50-65%), in Österreich liegt der Wert bei ca. 20%. Die Vorstellung von einer homogenen (d.h. ethnisch, linguistisch, kulturell, religiös etc. einheitlichen) Bevölkerung ist schon lange eine Fiktion, sie bestimm(t)e aber die Wahrnehmung vom Eigenen und dem Fremden und nicht zuletzt die Einwanderungs- und Niederlassungspolitik.

Die Einwanderungswelle 2015 hat den Diskurs über Zuwanderung, ihre Steuerung und die Integration neu entfacht. Integrationsarbeit umfasst neben dem unerlässlichen Spracherwerb die Fähigkeit in der Arbeitswelt, sich mit den anderen Lebensumständen, mit dem herrschenden Wertesystem zurecht zu finden, Orientierungen / Orientierungsmöglichkeiten für die nächste Generation zu bieten bzw. zuzulassen etc. Bestehende Ablehnung der Fremden durch die einheimische Bevölkerung behinder(t)en von je her in der Vergangenheit wie in der Gegenwart den Prozess der Annäherung an die Mehrheitsgesellschaft, sodass viele Zuwanderer sich in Vereine zurückzogen, z.B. in Moscheeverbänden Schutz und Orientierung für das Leben in der Diaspora such(t)en. Diese Situation, hervorgerufen durch mangelnde bzw. schwindende Gewissheiten und Orientierungslosigkeit in einer weitgehend säkularen Gesellschaft, in der sich viele verunsicherte muslimische Einwanderer befinden, nutz(t)en konservative, nationalistische Vereine aus, um ihre Anhänger um sich zu scharen. Konservative bis reaktionäre Imame (insbes. aus den Kreisen der Salafisten, Wahhabiten u.a.) arbeitete(n) gegen die Integration, gegen die Verständigung mit der Mehrheitsgesellschaft, gegen demokratische Lebensformen (Selbständigkeit, Eigenverantwortung, Gewaltfreiheit in der Familie, Gleichberechtigung der Frauen usw.). Auch wenn nicht die Mehrheit der Muslime sich von dieser reaktionären Ideologie anstecken lässt, so ist ihr Einfluss auf eine dafür empfängliche Minderheit nicht zu unterschätzen. Imame wurden bisher nicht in Österreich ausgebildet sondern direkt von den Herkunftsländern entsandt (das galt auch lange Zeit für die Lehrer für den muttersprachlichen Zusatzunterricht in den Grundschulen). Der Staat interessierte sich (zu) lange Zeit nicht darum, was in den Moscheen gepredigt, im muttersprachlichen Unterricht gemacht wurde, was die islamischen Religionslehrer im muslimischen Unterricht in den Schulen erzählten, welches Politikverständnis die Vereine verbreite(t)en etc. So konnten sich insbesondere unter der türkischen Diaspora ungehindert und unwidersprochen Sympathien für türkischen Nationalismus und politischen Islam verbreiten. Interessant ist in seiner Widersprüchlichkeit das Wahlverhalten vieler „Austrotürken“ (d.h. Personen türkischer Herkunft aber mit österreichischer Staatsbürgerschaft). In Österreich wählen oft die SPÖ (sie schätzen dort eine geringere Ausländerfeindlichkeit und größeres soziales Engagement als in anderen Parteien), diejenigen, die auch das türkische Wahlrecht besitzen, votieren dort mehrheitlich für Erdoğan. Austrotürken erklären den Widerspruch damit, dass sie ein autoritäres Regime für die Türkei gut und für eine Notwendigkeit halten, „um Ordnung zu schaffen“ etc. In Europa sei dies hingegen nicht (mehr) nötig. Kritik an autoritären und demokratiefeindlichen Verhältnissen in der Türkei werten sie oft als persönliche Angriffe, damit wird der demokratische Diskurs erschwert wenn nicht verhindert. Einige Zuwanderer aus rückständigen ländlichen Regionen muslimischer Länder vertreten ein nationalkonservatives reaktionäres Islamverständnis und rückwärtsgerichtete Lebensmodelle, mit ihren patriarchalen Verhaltensmustern geraten sie in Konflikt mit den Schulbehörden bzw. mit dem Gesetz (wenn sie z.B. ihre Töchter zwangsweise verheiraten oder von Klitorisbeschneidungen nicht ablassen). Die bei diesen Gruppen verbreitete Geringschätzung der Frauen schafft Probleme an den österreichischen Pflichtschulen (mit einem Frauenanteil an der Lehrerschaft bei weit über 50 %), wenn orthodox muslimische Männer und Buben sich weigern mit Lehrerinnen zu kommunizieren (oder sich auch von Ärztinnen behandeln zu lassen udgl.). Wenn das Verhältnis der Geschlechter und Generatio-

nen in Familien unter patriarchalischen Verhältnissen autoritär und repressiv geregelt ist, so wird dieses Verhalten auch von der Erziehung, dem Schulunterricht (autoritäre Disziplinierung auch mit brachialen Methoden, Drill) erwartet. Dann erscheint den Traditionalisten nicht die Vorbereitung für ein Leben in Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung als erstrebenswertes Ziel der Erziehung sondern im Einklang mit ihrer Weltsicht und kulturellen Tradition unhinterfragter und unwidersprochener Gehorsam (gegenüber den Eltern, Gott etc.).

In diesem Zusammenhang erweist sich für integrative Bemühungen als besonderes Problem ein fundamentalistisch-religiöser Hintergrund, nämlich eine Weltsicht, die sich in Dichotomien von halal / haram („gut“, „erlaubt“ / „böse“, „verboten“) äußert und alle Lebensbereiche umfasst. Das beginnt bei Speisevorschriften und gipfelt in der Einstellung gegenüber den Beziehungen zwischen den Generationen, Geschlechtern, Sex, sexueller Orientierung usw. Dogmenkonformes Verhalten wird in diesen Communitys durch eine spezifische Angstpädagogik (seitens der Eltern, der Verwandtschaft) – Drohung mit der Hölle, aber nicht selten auch autoritär-brachial erzwungen. Zur Rechtfertigung von Unterdrückung (in der Familie, in der Gesellschaft), von ablehnender bis feindlicher Einstellung zu anderen Religionen, insbes. zu Juden, werden neben zweifelhaften religiösen auch pseudowissenschaftliche dogmatische Argumente und Begründungen herangezogen. Es ist fraglos wichtig, den politischen Islam ernst zu nehmen, aber für Dramatisierungen besteht kein Anlass, so waren, z.B. was den Antisemitismus betrifft, von 550 manifestierten Fällen überschaubare 31 muslimischer Provenienz¹.

In vielen muslimischen Ländern bilden häufig Staatsdoktrin und Religion eine Einheit, das dortige Bildungswesen bricht dieses dogmatische Weltverständnis nicht auf, sondern festigt vielmehr (ultra-)traditionalistische Lebensmodelle mit Jenseitsorientierung, streng determinierten Denkwelten und Verhaltensweisen. Krude Ansichten bezüglich Scharia, Gleichberechtigung der Religionen, Verhältnis von Religion und Staat, Stellung der Frau in der Gesellschaft, u.a. sind auch in der jüngeren Generation verbreitet (siehe Meinungsprofile²). Ausgehend von diesen Prädispositionen erklärt sich eine Distanz bzw. Ablehnung westlich-demokratischer Haltungen bei vielen Zuwanderern aus islamisch geprägten Ländern. Die Sozialisation unter autoritär-patriarchalischen Verhältnissen führt zu einem Mangel an Mündigkeit und Eigenverantwortung, an selbständigem Denken und Handeln – also letztlich keine günstigen Voraussetzungen für ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung. Nimmt man die Dogmen christlich-fundamentalistischer Bewegungen in Betracht, so kann man hinsichtlich autoritärer Weltsichten und Lebenskonzepte viele Übereinstimmungen mit den hier genannten islamisch geprägten Dogmen finden. Es ist auch notwendig zu erwähnen, dass vor einigen Generationen das Verhältnis der Generationen und der Geschlechter in (insbesondere im ländlichen) Mitteleuropa ebenfalls nicht von demokratischen Prinzipien gekennzeichnet war (und diese noch nicht alle Bereiche der Gesellschaft durchdrungen haben).

Damit sind die Grundkonfliktlinien hinsichtlich der Integration in demokratisch und säkular verfasste Gesellschaften skizziert. Um Konflikte zu lösen, Eskalationen zu vermeiden ist der Dialog unausweichlich. Bei aller Toleranz und Akzeptanz von Diversität ist jedoch die Festlegung von Grenzen unumgänglich. Diese sind durch das Grundgesetz, das Prinzip Gleichberechtigung, den demokratischen Grundkonsens bestimmt.³ Das sind hinsichtlich der Integration gewissermaßen die Zielvorgaben an und Richtlinien für die Zuwanderer.

Zuwanderung erfolgt in der Regel in soziale Milieus. In Wien gibt es traditionell keine ethnischen Stadtbezirke, Ghettos der Art Türkenviertel, Polenviertel etc. wie in anderen Großstäd-

¹ Antisemitismusbericht 2019 Hrsg. Israelitische Kultusgemeinde und Forum gegen Antisemitismus. Wien, 2020

² Siehe Publikationen unter www.arabbarometer.org

³ Vgl. Herfried & Marina Münkler: Die Neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft. Berlin 2016

Paul Scheffer: Die Eingewanderten- Toleranz in einer grenzenlosen Welt. München 2008

Alexander Betts / Paul Collier: Gestrandet. Warum unsere Flüchtlingspolitik allen schadet – und was jetzt zu tun ist. München 2017

ten, sondern die Zuwanderer wohnen zusammen mit / neben Einheimischen entsprechend ihren sozialen und ökonomischen Verhältnissen. Dieses Muster hat sich im Prinzip seit der Habsburgermonarchie kaum geändert. Diese sozioökonomische Stratifikation kann gegenüber nationalen, religiösen etc. Ghettos den Integrationsprozess erleichtern, weil die Frage der sozialen Schichtzugehörigkeit die der ethnischen, religiösen etc. Diversität neutralisiert.

Wahrnehmung der Anderen durch die Einheimischen

Wie sehen „Wir“ (d.h. die Einheimischen) die „Anderen“? Hier scheint der öffentliche Diskurs häufig durch einen „mononationalen, monokulturellen Blick“ (Beck-Gernsheim⁴) gefangen. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Konstanz von Klischees, Stereotypen und Vorurteilen, wie die Sicht auf historische Wanderungen zeigt⁵. Zuwanderer wurden häufig als feindliche Ströme, Wellen, Fluten wahrgenommen. Die Parallelen (auch in den sprachlichen Bildern) zu heute zeugen von einer Beständigkeit stereotyper Voreingenommenheiten. Paradigmatisch war die Dämonisierung der Zuwanderung in den USA im XIX und Mitte XX Jh., insbesondere die starke Abwehrhaltung gegen Katholiken (Iren, Italiener) und Juden, („katholische Flut“, „jüdische Flut“⁶).

Katholischen Zuwanderern wurde (nach 1945) generalisierend unterstellt, sie würden sich ablehnend gegenüber Freiheit, Demokratie verhalten, (viele Zuwanderer kamen tatsächlich aus autoritär regierten Ländern), sie wären illoyal, sie hingen (vom Papst gesteuertem) religiösem Fanatismus an (Katholiken galten als Anhänger unveränderbarer religiöser Dogmen, gesteuert von einem traditionalistischen, autoritären Klerus, der eher Ideologie verbreitete), sie wären eine Bedrohung für säkulare Werte udgl. Es wurde ihnen Integrationsfeindlichkeit, geringe Bildung, Intoleranz, Unterdrückung der Frau, extreme soziale Kontrolle vorgeworfen, man sah in ihnen Träger von Terrorismus und Kriminalität, fürchtete negative Auswirkungen auf die nächsten Generationen (wegen der separaten religiösen Erziehung), in ihrem Geburtenreichtum witterte man die Gefahr einer Überfremdung, sogar eine stille Machtergreifung, befürchtete die Einführung eines göttlichen Rechts, nach dem die USA zu einer katholischen Republik gemacht würden etc. Schließlich wurde ihnen auch die Errichtung von Parallelgesellschaften vorgeworfen. Theoretisiert wurde diese Katholikenfeindlichkeit von einflussreichen Persönlichkeiten wie Blanshard⁷ u.a. Autoren. Der (z.T. militante) Antikatholizismus war damals eine politische Bewegung, die seitens protestantischer Gruppen und Vertretern des Reformjudentums gestützt wurde und die sich Besitzstandsverteidigung und gesellschaftspolitische Dominanz auf die Fahnen gehaftet hatte. Zu den Instrumenten der fremdenfeindlichen Agitation gehörte (übrigens wie heute) insbesondere das Schüren von Ängsten. Wenn Blanshard die Rückständigkeit vieler Zuwanderer anprangerte, trafen seine Vorwürfe aber nur für eine Minderheit der (katholischen) Zuwanderer zu. Zu Ende XIX Jh. bekämpften feministische Bewegungen, die sich Gleichheit der Geschlechter auf die Fahnen geschrieben hatten, die katholische Lebenspraxis und Lehre mit dem Argument, dass diese die Emanzipationsbestrebungen unterlaufe und zerstöre. Ähnlich ablehnende Positionen und Stereotype wurden gegenüber jüdischen Zuwanderern ab dem XIX Jh. vertreten.

Fasst man die Argumente gegen die katholischen und jüdischen Zuwanderer von damals zusammen, so sind sie weitgehend austauschbar mit den antiislamischen Argumenten von heute. Blanshard von 1949 und Sarrazin⁸ von 2018 vereint (neben ihrer Popularität) eines: Die Hetze gegen Migranten sowie Ignoranz und Verleugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Beide Autoren generalisieren unzulässig, differenzieren nicht (sprechen von „den“, d.h. allen „Ka-

⁴ Elisabeth Beck-Gernsheim: Wir und die Anderen. Frankfurt 2007, S. 11

⁵ Philipp Ther: Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa. Berlin 2017

⁶ Doug Saunders: Mythos Überfremdung. Eine Abrechnung. München 2012, S. 167 ff.

⁷ Paul Blanshard: American Freedom and Catholic Power. Boston 1949

⁸ Thilo Sarrazin: Feindliche Übernahme. Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht. Rottenburg 2018

tholiken“, „Muslimen“, „Juden“) und interpretieren religiöse Glaubenssätze extrem einseitig.⁹ Sie sehen Zuwanderung (grundsätzlich) als Bedrohung, konstruieren Horrorszenarien, verwenden willkürlich selektiv und falsch bzw. tendenziös interpretiertes Zahlenmaterial, ignorieren historische Entwicklungen udgl. Im Gegensatz zu den von ihnen vorgetragenen Perhorreszierungen ist es nur eine verschwindende Minderheit innerhalb der muslimischen Community, die Integrationsfeindlichkeit, Fundamentalismus oder gar Terrorismus vertritt (vgl. FN1). Man muss diese negativen Faktoren in die richtige Relation stellen, Ursachen untersuchen und schließlich diskursive Gegenstrategien entwickeln. Demokratiefeindlichkeit, Intoleranz und ein mit dem Menschenrecht inkompatibles Weltbild sind grundsätzlich zu bekämpfen – genau so wie die Hetze gegen den Islam, gegen Muslime und andere Glaubensrichtungen und deren Anhänger. Ethnische oder religiöse Gruppen zu markieren und undifferenziert unter Generalverdacht zu stellen, ist nicht der Weg, sie zu loyalen Bürgern unserer Gesellschaft zu machen.

Ab den 1960-er Jahren setzte sich allmählich in den USA multiethnischer Pluralismus in der Form der Idee des „melting pot“ durch. Die Wahl des Katholiken J. F. Kennedy zum Präsidenten der USA (1961) brachte schließlich diese hoch emotionalisierte und spalterische Debatte zum Erliegen. Das ist erstaunlich, ging doch dieser Prozess der Toleranz und Akzeptanz in relativ kurzer Zeit von statten.

Dazu passt der Wandel der Einstellung gegenüber polnischen Einwanderern (Flüchtlinge im Zuge der Solidarność-Krise in den 1980-er Jahren) in Österreich. Damals waren antipolnische Haltungen legendär, heute sind diese Vorurteile so gut wie vollständig verschwunden, sie sind kein Thema mehr (zweifellos hat auch der EU-Beitritt Polens eine positiv verstärkende Rolle gespielt). Die verbreitete ablehnende Haltung und die herrschenden Vorurteile zerbrachen angesichts der offensichtlichen Integrationsleistung der polnischen Zuwanderer. Oder gehen wir historisch noch etwas weiter zurück: Auch gegen die Zuwanderung der Wiener Tschechen im XIX Jh. gab es massive Widerstände und heftige Auseinandersetzungen. Diese ablehnende Haltung ist heute nur noch historische Reminiszenz. So lässt sich verallgemeinern: „Wir erleben immer wieder dasselbe, wenn eine neue Gruppe von Einwanderern ins Land kommt, die einer religiösen Minderheit angehören, zumeist arm sind und kaum über Kenntnisse der Sprache, der Lebensart und der Funktionsweise der Wirtschaft in ihrem neuen Heimatland verfügen. Autoren aller Art und Politiker bieten dann stets, als Reaktion auf die öffentliche Unruhe wegen dieser fremden Neuankömmlinge, dasselbe Spektrum ängstlicher, beängstigender Ideen an: *Sie sind anders als frühere Gruppen. Sie wollen sich nicht integrieren. Ihre Religion zwingt sie, uns ihre Werte aufzunötigen. Mit ihren vielen Kindern werden sie uns überschwemmen. Sie sind illoyal und zu Gewalt fähig.* Die Ähnlichkeit zwischen den Argumenten, die gegen Katholiken, Juden und Muslime vorgetragen werden, sind kein Zufall: Es ist dasselbe Argument, das aus denselben Gründen vorgetragen und auf die neueste und am stärksten fremdartig wirkende Gruppe angewandt wird.“¹⁰

Zuwanderer aus der Sicht von Soziologie und Migrationsforschung

Das Wissen der Allgemeinheit über Migranten / Migration ist äußerst mangel- und lückenhaft, es wird dominiert von extremer Vereinfachung, Wissenslücken, Klischees, ... Beck-Gernsheim spricht in diesem Zusammenhang von einer „Folklore des Halbwissens“¹¹. Es sind „Wir“, die Wissen über die „Anderen“ produzieren, hingegen gibt es noch zu wenige Migrationsforscher / Sozialwissenschaftler mit Migrationsgeschichte¹². Es gilt den eigenen Ethno-

⁹ Johanna Pink: Ist diese Religion gefährlich? In: Die Zeit N.36 30.8.2018 S. 41 (= Rezension von Th. Sarrazin: Feindliche Übernahme)

¹⁰ Doug Saunders: Mythos Überfremdung. Eine Abrechnung. München 2012, S. 196-7 (kursiv im Original)

¹¹ Elisabeth Beck-Gernsheim: Wir und die Anderen. Frankfurt 2007, S. 11

¹² Ebda S. 167

zentrismus zu überwinden und sich mit unreflektierten Stereotypen und Erklärungsmustern zu beschäftigen, wie z.B.:

- Angebliche Traditionsverbundenheit der Migranten: Lebensformen, Sitten, Bräuche, Essensgewohnheiten, sogar Mode der Heimat usw. Viele Migranten haben ursprünglich die Absicht, nach einer gewissen Zeit wieder in ihr Herkunftsland, in ihre ursprüngliche Heimat zurückzukehren. Daher resultiert die starke Bindung an die alte Heimat. Das ist auch ein Bekenntnis zu den Vorfahren, zur Heimat, zum Ethnikum, zum Glauben ... unter den Bedingungen der Diaspora. Je länger der Aufenthalt in der Diaspora andauert, desto geringer werden die realen Aussichten auf eine dauerhafte Rückkehr. Erwartungen und Hoffnungen auf sozioökonomischen Aufstieg sind oft unrealistisch, übertrieben, eine Rückkehr als „Sieger“, als jemand, der „es geschafft“ hat, die seltene Ausnahme. Der soziale Druck der „Daheimgebliebenen“ ist enorm, nicht selten sind Fälle, wo für Geschenke bei Heimaturlaube Kredite aufgenommen werden. Diese Phänomene, meist als „Heimatverbundenheit“ zusammengefasst, werden mit den Begriffen „Exil-Nationalismus“, Reethnisierung, Retraditionalisierung (reactive ethnicity), symbolische Ethnizität als Identitätssicherung in der Forschung abgehandelt¹³.
- Religiöse Bindungen: Viele Zuwanderer kommen aus z.T. extrem rückständigen Regionen mit starken religiösen Traditionen. Sie suchen in der multiethnischen, multireligiösen und zunehmend sich säkularisierenden Mehrheitsgesellschaft Orientierung und stützen sich dabei noch stärker auf ihre religiösen Riten und Regeln. Diese und die Glaubensgemeinschaft scheinen als sicherer Hafen, zwischen Tradition und dem Neuen, sie bieten soziale Gemeinschaft, Orte der Unterstützung und sozialer Netze, sie bilden einen Anker der Identität.
- Stark ausgebildete Familienbindung bei Migranten: Aber: „Diese Familienbindung ist [...] nicht einfach ein Relikt aus der Heimat, aus dem Herkunftsland mittransportiert – es ist im Gegenteil ganz wesentlich ein Produkt der Migrationssituation, eine Reaktion auf das Leben in einem fremden und nicht selten feindlichen Land,“¹⁴ ein Schutz vor Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft resultierend aus eigenen Diskriminierungserfahrungen. Die Familie ist dann Zufluchtsort und emotionaler Schutzraum.
- Topos vom Kulturkonflikt, der Zerrissenheit zwischen den Kulturen u.ä. Dieses simplifizierende Erklärungsmuster steht im eindeutigen Widerspruch mit der kreativ gelebten Binationalität, Bikulturalität, Bilingualität etc. des großen Teiles der Zuwanderer.

Problematisch an diesem Halbwissen und den vorgefassten Meinungen über Zuwanderer / Zuwanderung ist das Dogma von der Unveränderlichkeit und quasi Erblichkeit der tradierten Verhaltensweisen und Weltansichten, womit wir mitten im Rassismus angelangt wären. Wenn dem tatsächlich so wäre, dann wäre Integration unmöglich.

Kopftuchdebatte – ein argumentativ inhomogener Diskurs

„Am Kopftuch entzündeten sich viele Debatten, am Kopftuch scheiden sich die Gemüter. Am Kopftuch [...] hängen viele Bedeutungen. Das zu erkennen und anzuerkennen fällt der Mehrheitsgesellschaft nicht leicht. Es fällt erst recht den Frauen der Mehrheitsgesellschaft nicht leicht, die oft reflexartig mit Ablehnung reagieren. Das Kopftuch führt uns vor Augen, was wir uns immer noch kaum vorstellen können: Es gibt verschiedene Wege in die Moderne, nicht bloß den einen, den wir selbst kennen und meinen. Ebenso gibt es verschiedene Wege, als Frau selbstbewusst ein eigenes Leben zu leben – sei's mit Kopftuch sei's ohne.“¹⁵

¹³ Gardien Jonker: Die islamischen Gemeinden in Berlin zwischen Integration und Segregation. In: H. Häußermann / I. Oswald (Hg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung. Wiesbaden 1997, S. 347 - 364

¹⁴ Elisabeth Beck-Gernsheim: Wir und die Anderen. Frankfurt 2004, S. 39

¹⁵ ebda S. 64 ff.

Der Kopftuch-Diskurs ist also ausgesprochen kontroversiell und es lassen sich für die widersprüchlichen Positionen lautstarke (aber auch nicht immer ehrlich gemeinte) Argumente anführen. In einer demokratischen, offenen Gesellschaft sollte es eigentlich egal sein, ob, wann und wo religiöse Symbole (bzw. Symbole, die als solche gewertet werden) benutzt werden oder nicht. Theoretisch. Dort, wo es um Deutungshoheiten und Machtfragen geht, ist die Sache allerdings nicht so einfach oder eindeutig. Länder mit einem strikten Verbot religiöser Symbole in öffentlichen Institutionen (wie z.B. Frankreich) haben diese Problematik zumindest aus rechtlicher Hinsicht geklärt. Dabei ist eines zu bedenken: Das (formale) Verschwinden des Steines des Anstoßes aus der öffentlichen Wahrnehmung ist kein Beweis für das faktische Ende reaktionärer demokratie- und freiheitsfeindlicher Weltsicht und Lebenspraxis. Man kann es auch so sagen: einem (religiös oder kulturell motiviertem) Fundamentalismus und Dogmatismus kann man nicht den Boden entziehen, indem man bloß seine Symbole zum Verschwinden bringt.

Kern des schwelenden Dissenses ist die Frage, inwieweit hinter dem Kopftuch Zwang und patriarchalische Unterdrückung steckt (das wäre der feministische Ansatz). Dem gängigen Narrativ von Medien und populistischer Politik stehen seriöse Studien entgegen, die sich eingehend mit der Thematik befassen und ein weitaus komplexeres und durchaus widersprüchliches Bild zeichnen. Das betrifft übrigens auch die verallgemeinerte Ansicht „vom (einen)“ Islam, die die Existenz verschiedener Strömungen dieser Weltreligion ignoriert. Auf der Basis eines simplifizierten Islamverständnisses kann „der Islam“ undifferenziert als Instanz der Unterdrückung von Frauen qualifiziert werden, wofür das Kopftuch symbolischer Ausdruck ist. Dem widerspricht die Tatsache, dass „Gerade in der jüngeren Generation [...] es oft die besonders aktiven, selbstbewussten, selbständigen Frauen [sind], die sich für das Kopftuch entscheiden“.¹⁶ Welche Antwort gilt nun? Das Kopftuch kann eben Unterschiedliches bedeuten,

- ein Symbol (patriarchaler, sexueller, etc.) Unterdrückung
- Ausdruck der Religiosität als eigener Lebensentwurf
- ein Zeichen des Überganges als Bekenntnis zu einem authentischen Selbst, als Identifikationsmerkmal, als Gruppenbekenntnis zu einem kulturellen Erbe,
- persönliches Statement zur eigenen Herkunft, Identität ohne explizite Hinweise auf Religionszugehörigkeit, Betonung der Andersartigkeit, Sichtbarkeit der Diversität, Zeichen des Nichtdazugehörens zur Mehrheitsgesellschaft
- Element einer Schamkultur¹⁷
- Zeichen der Macht der Wirkung eines militanten bzw. politischen Islam (und in diesem Kontext ein Indiz für das Versagen der Integration)
- Kombinationen verschiedener Interpretationen, etc.

Um klar zu sehen, wie das Tragen eines Kopftuches im individuellen Fall zu interpretieren ist, müsste man mit den Betroffenen konkret in den Dialog treten. Durch kategorische Verbote (des Tragens des Kopftuches) erhält man keine Antworten auf diese Fragen, diese werden vielmehr dem laufenden Diskurs entzogen. Viel eher sind rechtliche Regelungen von Kleidungsvorschriften eine hilflose rechtsstaatliche Reaktion auf den oben erwähnten komplexen Sachverhalt. Mit Verboten erledigen sich nicht die zu Grunde liegenden Probleme, sie tragen auch nicht zum gegenseitigen Verständnis und Respekt bei und ob sie wirklich emanzipations- und integrationsfördernd sind, wie vielfach (vor allem seitens der Politik) behauptet wird, ist wohl auch zu bezweifeln. Es sind dies Maßnahmen, die geeignet sind, Misstrauen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und Opfermythen zu stärken. Auch ist Regierungsvorhaben zu misstrauen, die mit dem „Kopftuchverbot“ verbal Chancengleichheit und Antidiskriminierung in den Vordergrund rücken: „Mit diesem Gesetz [gemeint ist das Kopftuchver-

¹⁶ Hamed Abdel Samad: Integration. Ein Protokoll des Scheiterns. München 2018, S.59 ff.

¹⁷ Paul Scheffer: Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt. München 2008, S. 398

bot in Schulen für Pflichtschülerinnen] soll die Diskriminierung junger Mädchen bereits im Kindesalter beseitigt und mehr Chancengleichheit hergestellt werden. Dabei handelt es sich ausschließlich um eine gesellschaftspolitische und integrationspolitische Maßnahme und nicht um ein religiöses Motiv.“¹⁸ Wenn es Ziel der Politik ist, die Befreiung von autoritären (religiösen oder kulturellen, patriarchalischen) Traditionen (und Diskriminierungen) voranzutreiben, dann müsste dieser Diskurs anders, d.h. aufrichtiger, empathischer geführt und da müssen auch Begleitmaßnahmen (professionelle Betreuung, Beratung, Rechtsschutz, geschützte Zufluchtsorte, udgl.) diskutiert und vor allem auch angeboten werden. Die Brisanz der Problematik kann an der erschreckenden Zahl von Suizidversuchen bei jungen Frauen mit türkischen Wurzeln abgelesen werden, die um ein Vielfaches höher sind als bei autochthonen einheimischen Frauen.¹⁹ Traditionalisten und Patriarchen (übrigens unterschiedlicher Religionszugehörigkeit) muss unmissverständlich klar gemacht werden, dass ihre Weltsicht mit westlichen Wertvorstellungen, Lebensformen, demokratischer Selbstbestimmung kollidiert und dass niemand über das Leben Anderer auch innerhalb der Familie (bezüglich sozialer Kontakte, (Ehe)Partner, Ausbildung, Kleidung, etc...) bestimmen und diese Erziehungsziele sogar mit Gewalt durchsetzen darf. Autokraten müssen einen Lernprozess durchlaufen, dabei ist ihnen zweifelsohne auch institutionell zu helfen. Es geht aber nicht darum, Menschen anderer Herkunft und Sozialisation zu brechen sondern sie zu überzeugen.

Im sog. Islamdiskurs stehen insbesondere die jungen muslimischen Mädchen im Mittelpunkt der Kontroversen. Sie sehen sich dem Druck eines (konservativen) Elternhauses und den Ver-/Geboten der Moschee bzw. der Religionsgemeinschaft ausgesetzt, erhalten aber kaum Unterstützung (von der Gesellschaft oder dem Staat), wenn sie aus diesen Zwangsbedingungen ausbrechen wollen. Darin liegt in Wirklichkeit die Unaufrichtigkeit des emotional geführten Diskurses. Angesichts mangelnder Gleichberechtigung von Frauen in unserer Gesellschaft ist dies eine sehr verdächtige und heuchlerische Fürsorglichkeit. Das Kopftuch aus dem öffentlichen Raum zu verbannen, um vordergründig die Frauen- Mädchenbefreiung voranzutreiben, dient im aktuellen politischen Kontext dazu, die muslimische Bevölkerung einzuschüchtern, zu demütigen, wie der katholische Theologe P. Zulehner ausführt.²⁰ Diese vorgeblichen emanzipatorischen Argumente werden besonders gerne ausgerechnet von jenen politischen Kräften besonders aggressiv vorgetragen, denen Frauenemanzipation sonst nie ein besonderes politisches Anliegen war und ist. Es hilft auch nicht viel, die Diskussion auf eine theologische Ebene zu verlagern (in wie weit das Symbol Kopftuch religiös begründet ist oder nicht). Diese Frage müsste dann auf alle Religionen und ihre Symbole ausgeweitet werden – alleine schon des demokratischen Gleichheitsgrundsatzes wegen. Zu Lösungsansätzen könnten verschiedene Wege gewählt werden, ein konsequenter wäre z.B. das Verbot aller religiöser Symbole (z.B. in Schulen, Institutionen etc.). Das ist nur in Ländern mit strikter Trennung von Religion und Staat praktikabel (ob dies integrationspädagogisch auch klug ist, steht auf einem anderen Blatt). In Österreich würde dieser Weg in Konflikt mit der gegebenen Rechtspraxis geraten: Das Verbot eines Symboles nur einer Konfession, oder von Vorschriften, die sich nur auf Mädchen beziehen, kann als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz bzw. als Geschlechterdiskriminierung interpretiert werden. Abgesehen von der Rechtsproblematik ist ein Verbot aller religiöser Symbole eigentlich unpädagogisch, wenn Akzeptanz von und Leben mit (ethnischer, religiöser, sprachlicher, kultureller) Diversität Lernziel sein soll. Derartige Verbote führen zu einem Verstecken der ethnischen, religiösen Identität (in der Schule, in Ämtern usw.) zu einem Leben in Katakomben, im Verborgenen. Eine solche Praxis verstärkt Abkapselung und nicht Öffnung und Verständnis für die jeweils „Anderen“.

¹⁸ https://science.apa.at/rubrik/bildung/Kopftuch_-_Kein_Verbot_bis_an_die_Universitaeten_geplant/SCI_20180409_SCI841608234 (Zugriff 15.4.2018)

¹⁹ Zur Situation in Deutschland: Hamed Abdel-Samad: Integration. Protokoll des Scheiterns. München 2018, S. 116

²⁰ Paul Michael Zulehner: „Die Kopftuchkränkung und ihre fatalen Folgen“ in: Der Standard vom 16.1.2020

Der Theologe P. M. Zulehner²¹ meint, „Es braucht kein Kopftuchverbot, um muslimische Mädchen zu fördern. Die Politik einer Integration per Rechtsdiktat nimmt vielmehr in Kauf, Teile der österreichischen Bevölkerung zu desintegrieren ... Die österreichische Migrationspolitik verursacht derzeit bei Österreicherinnen und Österreichern islamischen Glaubens eine Art subtiler kollektiver Kränkung.“ Zulehner bezieht sich auf seine Studie²², wie ohne Kopftuchverbot muslimische Mädchen ihren Weg finden. „Sie leben in Kindergärten und Schulen mit unseren alteinheimischen Mädchen zusammen und erleben dort neue Geschlechterrollen. Die Muslimas der zweiten Generation haben in meiner Studie bereits dieselben Verteilungen bei den vielfältigen Geschlechterrollen wie die die alteingesessenen Mädchen ...“ Damit decken sich seine Forschungsergebnisse mit denen von Beck-Gernsheim²³. Und wie Zulehner argumentiert: „Die durch anhaltende Kränkung namens Migrations- und Integrationspolitik verletzte islamische Gemeinschaft wird so nicht integriert werden.“²⁴ Und umgekehrt von der Absenz von Kopftüchern auf säkulare, demokratische Einstellung (und gelungene Integration) zu schließen ist ganz sicher eine nicht ausreichend reflektierte Behauptung und hält auch empirisch nicht. Aber zwei Feststellungen können jetzt schon getroffen werden:

- Der Diskurs über das Kopftuch widerspiegelt facettenreich unser problematisches Verhältnis zu den Muslimen²⁵ und insbesondere unsere vorurteilsbehafteten Vorstellungen über das „islamische Kopftuch“. Nach Karl Jaroš lässt sich „aus dem Koran weder belegen, dass Frauen verschleiert sein, noch ein Kopftuch tragen müssen. Diese Sitten stammen einerseits allgemein aus der orientalischen und späteren christlich-römisch-byzantinischen Kultur urbanen Charakters und andererseits aus der bäuerlichen Kultur, in der Frauen ein Kopftuch aus praktischen Gründen bei der Feldarbeit getragen haben und tragen. Mit dem ursprünglichen Islam hat dies nichts zu tun, auch wenn in der Folgezeit die verschiedenen Rechtsschulen Kopftuch oder Vollverschleierung für Frauen vorgeschrieben haben.“²⁶
- Nicht die vordergründige Lösung der Kopftuchfrage sondern – grundsätzlicher – der Stellung der Frau unabhängig von Religionszugehörigkeit, Herkunft etc. ist der Gradmesser für eine gelungene Integration sowie eine nachhaltige demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft. Es geht um Erlangung und Verteidigung von Autonomie, Selbstbestimmung und Abwehr von Normierung und Fremdbestimmung unter welchen Vorzeichen auch immer.

Wenn es von ideologie- und religionskritischen Positionen, vom Standpunkt der strikten Trennung von Religion und Staat verständlich und auch plausibel erscheint, auch das muslimische Kopftuch negativ zu konnotieren, so ist doch dagegen zu halten: „Die Situation ist viel zu facettenreich und zu vielschichtig, als dass man eine ein für allemal feststehende, allem Wandel entzogene Aussage abgeben könnte in Bezug auf die Unterdrückung oder die Freiräume, die die Praxis der muslimischen Verhüllung enthält.“²⁷ Selbst wenn dem Kopftuch politische Funktion zugeschrieben wird, ist die Frage zu stellen, ob ein Verbot (unter Berücksichtigung aller Kollateralschäden) die richtige Antwort darauf ist. Damit ist mit Sicherheit noch nicht das letzte Wort gesagt.

²¹ P.M.. Zulehner: „Die Kopftuchkränkung und ihre fatalen Folgen“ in: Der Standard vom 16.1.2020

²² P.M. Zulehner: Muslimas und Muslime im Migrationsstress. Berlin 2015

²³ Beck-Gernsheim: Wir und die Anderen. Frankfurt, 2007

²⁴ P.M.. Zulehner: Der Standard: „Die Kopftuchkränkung und ihre fatalen Folgen“ 16.1.2020

²⁵ Siehe: Werner Ruf: Der Islam – Schrecken des Abendlandes. Wie sich der Westen sein Feindbild konstruiert. Köln 2014, S. 10 ff.

Petra Wild: Lieblingsfeind Islam. Historische, politische und sozialpsychologische Aspekte des antimuslimischen Rassismus. Wien, 2018

²⁶ Karl Jaroš: Der Islam. Wien – Köln – Weimar, 2012, S. 71

Siehe auch: u.a. Peter Kühn: Das Kopftuch im Diskurs der Kulturen. Nordhausen 2008

²⁷ Elisabeth Beck-Gernsheim: Wir und die Anderen. Frankfurt, 2007, S. 127

Zum Topos Parallelgesellschaften

Die Kopftuchdebatte hat im Integrationsdiskurs gewissermaßen immer Konjunktur, sie ist aber in diesem Kontext nicht das einzige Dauerthema. Ein mindest ebenso emotionalisierender Kampfbegriff ist der der sog. Parallelgesellschaft(en). Damit ist meist der Selbstabschluss von Gruppen vom gesellschaftlichen Leben der Mehrheitsbevölkerung gemeint. Interessanter Weise werden bestimmte Parallelgesellschaften aus dieser Diskussion gänzlich ausgeklammert, wie z.B. Oligarchenklaven, die in sog. in gated communities abgeschottet von der Umwelt ihre Vorstellungen von gesellschaftlichem Leben realisieren. Dass sich Zuwanderer in ihrer neuen Umgebung zu Interessensgemeinschaften zusammenschließen ist historisch vielfach belegt. So haben z.B. die Wiener Tschechen im XIX Jh. ein breites Vereinswesen aufgebaut, um ihre Interessen (Freizeit, Wirtschaft, Schule etc.) effektiv vertreten zu können. Die Frage dabei ist, ob bzw. inwieferne gegebene Parallelstrukturen / Parallelgesellschaften als Institutionen des Übergangs bzw. des Einstiegs in die Mehrheitsgesellschaft oder im Gegenteil der Abschottung (und Gettoisierung) von dieser fungieren. Wie sich parallelgesellschaftliche Strukturen entwickeln, hängt zu einem wesentlichen Teil von der Mehrheitsbevölkerung und ihrer Bereitschaft ab, Migranten aufzunehmen und zu akzeptieren.

Offene Felder der Integrationsarbeit

Mit einem Problem müssen wir uns intensiv befassen: Für viele unerwartet zogen muslimische, in Österreich geborene und aufgewachsene Jugendliche (viele bosnischer Herkunft) in den Dschihad nach Syrien und in den Irak und das in überproportionaler Zahl (z.B. im Vergleich mit Deutschland). Hier ist dringend die Frage nach den Ursachen für dieses Handeln zu stellen²⁸. Es ist auch zu untersuchen, warum viele Jugendliche migrantischer Herkunft in den Schulen versagen und dann auf dem Arbeitsmarkt chancenlos bleiben und notgedrungen nur die unteren und untersten Positionen in der Sozialhierarchie einnehmen (können). Es ist auch zu klären, inwieweit einander die negativen Effekte von Migrationsabwehr durch die Mehrheitsbevölkerung und isolationistische, demokratiefeindliche, rückwärtsgewandte Weltansichten von Migranten verstärken. Politik und Mehrheitsgesellschaft sind gefordert konkrete zukunftsorientierte Hilfen und Angebote zu entwickeln und zwar jetzt, um nicht in der Zukunft dann unlösbare Schwierigkeiten zu riskieren. „Ja, es stimmt, wir leben im Westen, im Kapitalismus, wir haben die Freiheit. Das ist eines unserer höchsten Güter. Aber so einfach können wir dieses als Gesellschaft nicht weitergeben, vor allem wenn Familien, Moscheen, Eltern und Ideologien diese Freiheit immer wieder abwerten und als Risiko sehen. Wir müssen Wege finden, diese Freiheit an die Menschen weiterzugeben, damit sie sie als Chance, als ein Gewinn für sich und ihre Familie verinnerlichen. Wie kann es sein, dass wir Jugendliche so einfach für Apple-Produkte begeistern können, aber nicht für Demokratie, Menschenrechte und Freiheit?“²⁹

Wenn auch Fachleute kontroverse Diskussionen über Integrationsprozesse muslimischer Zuwanderer, insbesondere Jugendlicher, führen, liegen sie allerdings inhaltlich nicht so weit auseinander, wie es auf den ersten Blick scheint. Zu den gemeinsamen Positionen gehören Forderungen wie

- Intensive Auseinandersetzung mit dem militanten Islam, mit religiösen und politischen Ansichten und Strömungen, die mit westlicher Demokratie inkompatibel sind
- Förderung des innerislamischen Diskurses
- Kritik am Rückzug des Staats aus seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung
- Kampf gegen das Patriarchat

²⁸ Ahmad Mansour: Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen den religiösen Extremismus umdenken müssen. Frankfurt 2015

²⁹ Ahmad Mansour: Klartext zur Integration. Gegen falsche Toleranz und Panikmache. Frankfurt 2018, S.33

- Einsatz für demokratische Grundprinzipien und den Geist der Aufklärung, wie Freiheit, Gleichheit, Selbstbestimmung in der Gesellschaft unabhängig von der ethnischen, sozialer Herkunft, religiöser, kultureller Zugehörigkeit

Es ist sicherlich so, dass bei bestimmten Gruppen ein rein theologisch geführter Diskurs kaum in der Lage ist, Extremismen, Abschottungen, ein Abgleiten in den Terrorismus zu verhindern. Die meisten Islamisten, islamistischen Radikalen sind theologisch reichlich ungebildet, ihre Kenntnis des Koran ist sehr dürftig, aber umso dogmatischer ausgeprägt. Ein theologischer (bzw. wissenschaftlicher) Diskurs würde hier kaum ansetzen können³⁰. Die Radikalisierung hat mehrere Ursachen, sie kann aber nicht auf eine einzige – das Religionsbekenntnis – reduziert werden³¹. Menschen, die sich in verschiedener Hinsicht (Sozialstatus, Lebensperspektiven, Akzeptanz in der Gesellschaft, Persönlichkeitsentwicklung, Familientraditionen usw.) marginalisiert fühlen, sind leicht für vielerlei dogmatische Einflüsterungen und simple Welterklärungen zu gewinnen. Verschiedene (salafistische, wahhabitische u.a.) Rekrutierungsagenturen finden gerade bei diesen Gruppen reiche Fischgründe. Falsch wäre es, diese Gruppen zu ignorieren. Für sie hat z.B. A. Mansour den geeigneten Zugang und die richtige Sprache gefunden, da er selbst den Weg aus dem islamistischen Radikalismus gefunden hat und dadurch authentische Glaubwürdigkeit besitzt.

Neben einer demokratischen Gesprächskultur sind aber auch eine aktive Präsenz des Staates in Form einer offenen Integrationspolitik gefordert, eine neue Immigrationsgesetzgebung, Professionalisierung der Integrationsarbeit, Anstrengungen in der Bildung, in der Sozialarbeit u.a. Weitere sinnvolle integrationsfördernde und integrationsbegleitende Maßnahmen (inklusive entsprechende Institutionen, Beratungsstellen udgl.) sind vorstellbar, so kann ein Paten- und Mentorensystem (wie in Kanada oder auch in Skandinavien) eine Kultur der Inklusion fördern bzw. unterstützen. „Der Staat kann Ressourcen für die Integration, wie etwa Sprachkurse, berufsorientierende Praktika, Ausbildungsplätze oder Studienzugänge, zu Verfügung stellen. Aber die Integration selbst ist eine gesellschaftliche Aufgabe und zugleich ein Erfahrungsraum für alle – die Neuankömmlinge wie die Alteingesessenen“.³²

Ein wichtiges Desiderat ist eine ausreichende Zahl an Deutschkursen von hoher Qualität (es mangelt aktuell sowohl an Qualität wie an Quantität). In den bestehenden Integrationskursen werden oft vorwiegend Formalia (wie das Grundgesetz, die demokratischen Einrichtungen, Geschichte Österreichs udgl.) und die nur oberflächlich behandelt. Kurse dieser Art haben eher Alibicharakter und wenig Sinn, sie sind verhältnismäßig billig (sie dauern nur wenige Stunden). Es ist einleuchtend, dass vielmehr ein aufwändigerer Weg beschritten werden muss. D.h. es sind die (bisherige) Lebenspraxis, die familiären patriarchalen Herrschaftsstrukturen, Geschlechterrollen, Autorität, Gehorsam, Unterwerfung in Frage zu stellen und Selbstbestimmung, Freiheit, Eigenverantwortung demokratischer Grundkonsens zu diskutieren. Es muss Verständnis für die Spielregeln in unserer Gesellschaft hergestellt und die Vorteile dieses Systems klar gemacht werden. Geht man von diesen Zielsetzungen aus, so wird klar, dass diese Thematik nicht in wenigen Stunden abgearbeitet und gleichsam zur Nachahmung empfohlen werden kann. Es müssen aber gleichzeitig auch institutionalisierte Hilfsangebote bereit gestellt werden (z.B. professionelle Integrationsberatung). Daneben muss klar gemacht werden, dass es keine Toleranz gegenüber fundamentalistischen, rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Einstellungen geben kann und dass diese in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz haben (dürfen). Eine wichtige Aufgabe ist die Beseitigung der z.T. erheblichen (auch politischen) Bildungsdefizite bei vielen Migranten. Viele sind in autoritären Regimen sozialisiert worden, hängen traditionalistischen Weltbildern an, von denen sie sich nicht lösen (können), auch wenn bzw. weil sie mit denen der demokratischen verfassten

³⁰ Übrigens der Kampf gegen Verschwörungstheoretiker hat mit ähnlichen Problemen zu tun.

³¹ Man vergleiche die „marxistischen“ Gruppen wie die RAF, die Brigade rosse, Montoneros usw.

³² Herfried Münkler / Marina Münkler: Die Neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft. Berlin 2016, S. 237

Mehrheitsgesellschaft in Konflikt stehen. Übrigens können ähnliche doktrinäre Weltansichten und Lebenspraxen bei christlichen evangelikalen oder orthodoxen jüdischen Glaubensrichtungen beobachtet werden³³. Damit wird klar, dass es falsch ist, den Kampf gegen patriarchale Strukturen, gegen religiöse Indoktrinierung und antidemokratische Lebenspraxis ausschließlich bei islamischen Religionsgemeinschaften führen zu wollen. Dazu grundsätzlich Kermani:³⁴ „Fragen nach der Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit des Islam mit der Demokratie des Islams mit der Demokratie oder den Menschenrechten sind deshalb so müßig, weil es ersten *den* Islam nicht gibt und er sie zweitens, selbst wenn es ihn gäbe, nicht beantwortete. Allenfalls ließe sich mit Blick auf die Historie sagen, dass Demokratie oder Menschenrechte Möglichkeiten des Islam sind. Dass der Islam in einem säkularen Staat integrierbar ist, wäre daher mit Hinweis auf die Beispiele einer solchen Integration prinzipiell zu bejahen. Zu fragen aber bliebe, ob die Muslime sich in Deutschland integrieren werden. Die Antwort muss nicht die gleiche sein.“

Die extreme politische Rechte (mit Einfluss auch auf die Mitte und z.T. auch auf staatliche Institutionen) hat sich mit antiislamischer Rhetorik offene Hetze zum Programm gemacht und stellt mit der Gelben Presse einen sehr gewichtigen Faktor bei der Meinungsbildung dar. Damit ziehen konträr scheinende politische Kräfte aus unterschiedlichen Beweggründen am selben antidemokratischen Strang, nämlich islamistische Hassprediger, denen es um die Kontrolle und die Macht über ihre „Schäflein“ geht und die „autochthonen“ populistischen Hetzer, die danach streben ihre xenophoben und rassistischen Ideen als Gesellschaftsmodell umzusetzen. Solange dieser allen Integrationsbemühungen feindliche Geist den politischen Diskurs zu dominieren im Stande ist, ist eine friedliche Eingliederung muslimischer Zuwanderer in unsere Gesellschaft vom Scheitern bedroht.

Demokratischer Diskurs im Sinne der Aufklärung, auch und gerade bei kontroversiellen Themen und bei Konflikten, muss das vordringlichste Instrument und Ziel von Integrationskursen sein. Demokratische Gesellschaften müssen sich als die attraktiveren Alternativen darstellen. Migranten, die geprägt sind von dogmatisch traditionalistischen Weltbildern müssen die Vorteile einer demokratischen Gesellschaft, eines selbstbestimmten Lebens gegenüber autoritären Lebens- und Gesellschaftsmustern klar gemacht werden, es muss den Eltern die Angst genommen werden, dass sich ihre Kinder von ihnen entfremden. Mit einem Wort, es muss der Teufelskreis aus Einschüchterung, Kontrolle und Überwachung durch die Community³⁵ durchbrochen werden.

Wenn Wir von den Migrationsanderen verlangen, dass sie nach unseren Werten leben sollen, dann müssen wir uns selbst fragen, welche das wohl sind und wie wir selbst es in Wirklichkeit mit ihnen halten und ob wir hier nicht auch erhebliche Defizite zu beheben hätten. So z.B. bei der Frage der Stellung der Frauen in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, in – so ziemlich allen – Religionsgemeinschaften; wie es mit der Gewalt in der Familie aussieht (jede 5. Frau in Österreich wird Opfer von Gewalt in der Familie – und das unabhängig von der Religionszugehörigkeit), usw. Das betrifft auch Rassismus und Antisemitismus, demokratiefeindliche Haltungen u.a.

Schlussbemerkungen

Aber schlussendlich geht es um die entscheidende Frage: Wie soll unsere Gesellschaft in der Zukunft aussehen? Dazu formulieren Münkler / Münkler Postulate und Fragen: „Die Gesellschaft der Zukunft *soll* keine sein, die auf einer nationalen Identität beruht, sondern *soll* eine der kulturellen Vielfalt sein.“ Die nationalen Denkmuster prägen immer noch dominant die

³³ Vgl. die autobiographischen Texte von Deborah Feldmann: Unorthodox, Zürich, 2016 und: Überbitten, Zürich, 2017

³⁴ Navid Kermani: Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime. München 2009, S. 125

³⁵ Vgl. Hamed Abdel-Samad: Integration. Ein Protokoll des Scheiterns. München 2018, S. 116

Zukunftsvorstellungen. Es hängt davon ab, wie das Nationale (künftighin) definiert wird, „ethnisch oder soziokulturell“, „als Exklusions- oder als Inklusionskategorie?“³⁶ etc.

Integration ist ein komplexer Prozess, der viel Zeit und Geduld erfordert, er ist nur unter bestimmten Bedingungen erfolgreich: „Integration gelingt nur dann, wenn wir über Probleme und Differenzen offen sprechen – im Großen und Ganzen, aber auch im Einzelfall. Integration gelingt nicht, wenn eine völlig verunsicherte Gesellschaft alles richtig machen will, sich ihrer Werte unsicher ist und Kompromisse als Fortschritt versteht. Wir müssen uns fragen, wie wir mit Migranten umgehen, was wir von ihnen verlangen dürfen – und sie von uns. Integration ist nicht das Zelebrieren von Unterschieden, sondern die Festlegung von Regeln.“³⁷ Diese Forderung richtet sich an die Einheimischen wie an die Zuwanderer gleichermaßen.

Die Regeln für ein Leben in einer demokratischen Gesellschaft sind unteilbar, sie gelten für alle: Freiheit, Selbstbestimmung (auch sexuelle), Respekt, Toleranz, Gewaltlosigkeit, Solidarität. Wie eine solche Gesellschaft aussehen könnte, schildert N. Kermani anlässlich des Baues einer Moschee in Köln und liefert ein Paradebeispiel von gegenseitigem Verständnis und Empathie: „Eine Frau im Kopftuch, orientalisches Gesichtszüge, rheinisch ihr Tonfall, wünschte sich begeistert, dass Köln seinen Weltruf als Zentrum der Lesben und Schwulen bewahre [...], aber sich zusätzlich auch als Zentrum der religiösen Vielfalt etabliere. [...] Das wäre, nein, das ist Botschaft.“³⁸

Das Wesen von Kermanis „Botschaft“ ist offenes gemeinsames Gespräch, authentisches Erleben, solidarisches Mitteilen und Austauschen der Ansichten, Lebenseinstellungen mit den jeweils „Anderen“. In diesem Kontext muss die Aktion des Volkskundemuseums Wien „Schulgespräche – Junge MuslimInnen im Wien“³⁹ (18.9.2019 – 1.3.2020 unter Kurator Georg Traska) besonders erwähnt werden. Diese Gesprächsrunden (60 Stunden Videodokumentation mit Schülern, Lehrern, Schuldirektionen, Schulbehörden) haben gezeigt, dass vorschnelle und simplifizierende Etikettierung der Art „Kulturkampf im Klassenzimmer“⁴⁰ das Potenzial eines gegenseitigen Verständnisses und möglicher Empathie verschüttet, wie aber über den Abbau von Vorurteilen die Herstellung eines demokratischen Grundkonsenses als Baustein für eine demokratische und solidarische und empathische Gesellschaft ermöglicht werden kann. Das lässt für die Zukunft hoffen.

Wien, Jänner – Mai 2020

³⁶ Herfried Münkler / Marina Münkler: Die Neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft. Berlin 2016, S. 191 (kursiv im Original)

³⁷ Ahmad Mansour: Klartext zur Integration. Gegen falsche Toleranz und Panikmache. Frankfurt 2018, S.62

³⁸ Navid Kermani: Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime. München 2009, S. 59)

³⁹ <https://volkskundemuseum.at/schulgespraeche>

⁴⁰ Susanne Wiesinger: Kulturkampf im Klassenzimmer. Wie der Islam die Schulen verändert. Bericht einer Lehrerin. Wien, 2018